

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 102. Ratssitzung vom 25. Mai 2016

1934. 2016/61

Postulat von Rebekka Wyler (SP), Ezgi Akyol (AL) und 2 Mitunterzeichnenden vom 02.03.2016:

Aufbau einer Städtepartnerschaft mit der Stadt Diyarbakir in der Südosttürkei

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Stadtpräsidentin namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Ezgi Akyol (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1716/2016): Städtepartnerschaften stehen im Namen der Solidarität. Wir schlagen eine Partnerschaft zwischen Zürich und Diyarbakir vor. Durch die Partnerschaft soll die internationale Kooperation zwischen den beiden Städten auf zivilgesellschaftlicher Ebene gefördert werden. Eine zentrale Rolle sollen die Zürcher Gemeinderätinnen spielen. Es handelt sich um eine kurdische Stadt im Südosten der Türkei. Es gibt dort acht Kirchen. Vor einem Monat wurden alle Kirchen in der historischen Altstadt verstaatlicht. Die Befestigungsanlagen und Gärten wurden von der UNESCO in die Liste des Kulturwelterbes aufgenommen. Seit Monaten herrschen in den kurdischen Gebieten bürgerkriegsähnliche Zustände. Die kollektive Bestrafung der Bevölkerung wird mit dem Vorwand der Terrorbekämpfung legitimiert. Die Altstadt wurde mit einer Ausgangssperre belegt, es wurden zahlreiche Grundstücke enteignet. Die historische Stadt soll zu einer modernen Touristenstadt umgebaut werden. Die Gesellschaft wird allmählich gespalten. Die Städtepartnerschaft könnte eine Plattform bieten, um der Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken. Der Bürgermeister würde eine Zusammenarbeit mit dem Zürcher Heimatschutz im Hinblick auf die Altstadt begrüssen. Die VBZ könnte Unterstützung bei einem Tramprojekt bieten. Die Stadtregierung könnte einige Projekte im Bereich der Abfalltrennung und Wasserversorgung starten. Vor allem möchte ich ein Flüchtlingscamp für geflüchtete Jesidinnen erwähnen. Die kurdische Stadtverwaltung finanziert mit eigenen Mitteln ein Camp für etwa 1500 Jesidinnen, die 2014 aus dem Nordirak geflüchtet sind. Ich glaube, auch Zürich könnte von einer Partnerschaft profitieren. Die kurdische Bewegung definiert ein neues Gesellschaftsmodell. Ziel ist ein freies, demokratisches, ökologisches und geschlechtergerechtes Leben. In der Basisdemokratie sollen Dorf- und Stadtversammlungen über ihre Angelegenheiten entscheiden. Jede Führungsposition muss gleichzeitig von einem Mann und einer Frau besetzt sein. Ein Austausch zu den Themen Föderalismus, Basisdemokratie und Geschlechtergerechtigkeit kann für alle zielführend sein.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: Der Stadtrat lehnt das Postulat ab. Wir teilen die Ansicht der Postulantinnen und Postulanten, dass es in Krisenzeiten Pflicht und Notwendigkeit ist, Menschen, die sich auf der Flucht befinden, zu unterstützen. Wir haben deshalb beschlossen, ein Gemeinwesen im Libanon in einer Erstfluchtstadt zu unterstützen. Im Libanon gibt es etwa 4 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und etwa 1 Million Flüchtlinge.

Wir lehnen das Postulat aus zwei Gründen ab. Die politische Situation in Diyarbakir ist so, dass dort kriegerische Auseinandersetzungen stattfinden. Es gibt regelmässig Tote und Verletzte. In einem kriegerischen Umfeld sind die Voraussetzungen für eine Städtepartnerschaft nicht gegeben. Es braucht verlässliche Partnerinnen und Partner, eine verlässliche Verwaltung und nicht zuletzt die Akzeptanz der Partnerschaft durch die staatliche Verwaltung. Dies ist momentan nicht gegeben. Zweitens haben wir genau zwei Städtepartnerschaften. Wir wollen Städtepartnerschaften Inhalt und Substanz geben. Dies ist mit erheblichem Aufwand verbunden. Man benötigt eine regelmässige Kontaktpflege. Es braucht Fachleute auf beiden Seiten, die bereit sind, sich zu engagieren. Städtepartnerschaften haben langfristigen Charakter und sie sind mit langfristigem Ressourceneinsatz verbunden. Wir bevorzugen einen Projektfokus, der mit Aufwand verbunden ist. Der zivilgesellschaftliche Austausch ist begrüssenswert. Ich habe gehört, dass es einen Textänderungsantrag gibt. Die Hauptänderung betrifft, dass neu von einem Brückenschlag die Rede ist. Das Engagement könnte aus dem Gemeinderat herausgetragen werden.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Ich möchte die Leiden in Diyarbakir nicht kleinreden. Es wird zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit und Förderung der Demokratie unter dem Zeichen politischer Neutralität gefordert. Dies ist im politischen Klima in der Türkei nicht möglich. Es braucht eine nationale Brücke. Diese Forderung ist nicht neutral. Was soll diese Städtepartnerschaft bringen? Über die Leiden der chinesischen Bevölkerung wird auch nicht gesprochen im Rahmen einer Städtepartnerschaft. Eine Städtepartnerschaft lindert kein Leiden.*

Rebekka Wyler (SP): *Städtepartnerschaften waren in der Nachkriegszeit sehr populär. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks gab es eine zweite Blüte dieses Instruments. Zürich kennt keine klassische Städtepartnerschaft. Es ist schade, dass in Zürich die Idee der Städtepartnerschaften nie Fuss gefasst hat. In einer Welt, die von Globalisierung geprägt ist, ist dieser Austausch wichtig. Solche Projekte internationaler Zusammenarbeit und Solidarität sind ein wichtiges Instrument in Krisenzeiten. Uns geht es nicht um eine Städtepartnerschaft im traditionellen Sinn. Uns geht um den Austausch mit der Zivilgesellschaft. In Deutschland gibt es den Begriff der Städtefreundschaft. Dieser gefällt mir auch gut. Der Austausch soll von der Bevölkerung mitgetragen werden. Diyarbakir benötigt die Unterstützung. Viele Menschen sammeln Geld, Spielzeug, Kleider und Wolldecken für Flüchtlinge. Die Zusammenarbeit mit einer bestimmten Stadt kann dieser Hilfe ein Gesicht geben. Uns geht es nicht nur um materielle Hilfe. Die Schweiz ist stolz auf ihre demokratischen Errungenschaften. Dies kostet nicht viel Geld. Es benötigt aber Zeit und Engagement. Die Reaktionen haben gezeigt, dass sich viele Leute gerne bei einem solchen Projekt einbringen würden. Zürich hätte mit einer Städtefreundschaft ein Gegenüber in einem anderen Teil der Welt.*

Karin Rykart Sutter (Grüne) stellt folgenden Textänderungsantrag: *Eine Städtepartnerschaft ist mit zahlreichen Aktivitäten und gemeinsamen Projekten verbunden. Eine andere Form der Partnerschaft ist der Brückenschlag. Der Gemeinderat hat eine solche Part-*

nerschaft mit dem Landrat von Uri. Dieser Austausch wird von beiden Seiten geschätzt und das gegenseitige Verständnis wird geschätzt. Die Stadt möchte sich als weltoffene Stadt präsentieren, deshalb ist eine solche Partnerschaft mit Diyarbakir sinnvoll. Aus diesem Grund beantragen wir, dass der Begriff der Städtepartnerschaft durch Brückenschlag ersetzt wird.

Muammer Kurtulmus (Grüne): Das Postulat finden wir sinnvoll. Deshalb werden wir den Vorstoss mit diesem Änderungsvorschlag unterstützen. Es gibt viele Gründe für diesen Brückenschlag. Ein wichtiger Grund ist der Umstand, dass in Zürich mehrere tausend Menschen mit kurdischen Wurzeln leben. Diese Zürcherinnen und Zürcher sind sehr besorgt. Es herrscht eine Art Krieg. Sie möchten, dass dieser Krieg möglichst schnell zu Ende geht. Diese Menschen hören täglich in den Nachrichten, wie viele Tote es gab. Sie möchten wissen, was mit ihren Verwandten geschieht. Inwiefern kann diese städtische Freundschaft zu diesem Wunsch nach Frieden beitragen? Auch Türken wie ich möchten Frieden. Dieser Krieg führt in eine Sackgasse. Kann eine Städtefreundschaft für den Frieden etwas beitragen? Ich bejahe die Frage mit Überzeugung. Die Kurdenfrage in der Türkei ist älter als die Türkische Republik. Vor zwei oder drei Jahren versprach Erdogan, dass das Problem nicht mehr mit militärischen Mitteln bekämpft werden soll. Es wurden Verhandlungen mit der Regierung geführt. Diese Zeiten sind vorbei. Die Türkei kämpft wieder mit repressiven Mitteln gegen die Kurden. Die Kurden fordern Selbstbestimmung auf lokaler Ebene. Über diesen Aspekt können wir reden. Wir müssen Diyarbakir nichts Materielles geben. Es reicht, wenn sie sehen, wie Zürich funktioniert. Ich hoffe, dass die Regierung merkt, dass Selbstbestimmung nichts Schlechtes ist.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Dieses Postulat ist schwierig. Ich verstehe es als Zeichen der Solidarität. Wenn die Stadtpräsidentin dies ablehnt, weil der Segen des Nationalstaats fehlt, dann wird dieser Segen nie kommen. Wir haben erlebt, was in der Türkei passiert. Es erfolgt eine Einmischung in die Pressefreiheit in Europa. Die einzigen, die wirksam gegen den IS vorgehen, sind Kurden. Der IS wird von der Türkei gestärkt. Die Wirkung des Postulats wird verpuffen. Es müssten verschiedene Städte in der Schweiz Partnerschaften in der Türkei eingehen. Eine breite Basis könnte eine Wirkung erzielen.

Isabel Garcia (GLP): Auch die GLP anerkennt die gute Idee hinter dem Postulat. Allerdings sehen wir zwei Probleme. Erstens sind wir bei Städtepartnerschaften und ähnlichen Instrumenten der Ansicht, dass sie nicht zeitgemäss sind. Wir haben deshalb heute ein Postulat eingereicht, das das Prinzip der Städtepartnerschaften einer Analyse unterziehen möchte. Im Postulat ist vor allem die Zivilgesellschaft angesprochen. Uns ist nicht klar, warum die parlamentarische Struktur einbezogen werden soll. Der Austausch sollte zivilgesellschaftlich erfolgen. Vor diesem Hintergrund lehnen wir das Postulat ab.

Karin Weyermann (CVP): Es wurden bereits viele Argumente genannt. Es ist ein Zeichen der Solidarität in Krisenzeiten. Es soll gemäss Text eine Städtepartnerschaft sein, gemäss Textänderung ein Brückenschlag. Wir verstehen nicht, warum die Partnerschaft auf städtischer und nicht auf zivilgesellschaftlicher Ebene erfolgen soll. Wir befürworten

den Austausch auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Wir verstehen nicht, warum Beamte oder der Gemeinderat dorthin reisen sollte. Wir werden uns enthalten.

Stefan Urech (SVP): Wir sind die letzte Partei, die ihre Aufgabe richtig versteht. Wir wollen uns um das Defizit, um die aufgeblähte Verwaltung und das Verkehrschaos in dieser Stadt kümmern. Wir wollen uns nicht um die ganze Welt kümmern. Es geht nicht darum, internationale Politik zu betreiben. Wir sind ein lokales Parlament. Wir müssen nicht in der Türkei Demokratie verbreiten.

Dr. Mario Babini (parteilos): Ich habe versucht, sämtliche Aussagen zu aggregieren. Ich erkenne zwei Schwerpunkte. Grundsätzlich ist man dem Ansinnen wohlgesinnt, man hat Sympathien mit den Menschen. Es gibt jedoch auch gut begründete Bedenken. Trotzdem bin ich der Ansicht, dass mit diesem Postulat ein schwaches Zeichen gesetzt werden kann. Wir stehen für den Aufbau demokratischer Strukturen und sind bereit, demokratische Strukturen zu unterstützen.

Michael Schmid (FDP): Wir lehnen das Postulat ab. Wir lehnen es ab, weil Aussenpolitik eine Angelegenheit des Bundes ist. Die Verfassung legt die Spielregeln klar fest. Weder der Stadt- noch der Gemeinderat dürfen Aussenpolitik machen. Es ist beeindruckend, was die Zivilgesellschaft leisten kann. Persönlich können Menschen sehr viel erreichen. Dies ist nicht Aufgabe des Stadt- oder Gemeinderats.

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Votum von Muammar Kurtulmus (Grüne) zeigt, dass durch diesen Vorstoss die Neutralität verletzt wird. Die Opfer werden verhöhnt. Dies sieht man an der chinesischen Städtepartnerschaft. Mit politisch kastrierten Strukturen werden die Opfer verhöhnt. Es gibt bessere, mutigere Aktionen, die aufgegleist werden könnten. Staatliche Strukturen und Aktionen sind in diesem Bereich nicht zielführend. Wir brauchen individuellen, selbstlosen Einsatz.

Rebekka Wyler (SP) ist mit der Textänderung einverstanden: Erstens zur Aussage, dass wir nur die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger vertreten müssten: Die Anzahl Gemeinderatssitze pro Stadtkreis bemisst sich anhand der Anzahl Einwohnerinnen und Einwohner. Dies verpflichtet uns, dass wir alle in dieser Stadt vertreten müssen. Karin Weyermann (CVP) sagte, die Offizialisierung sei nicht wichtig. Für die Zivilgesellschaft vor Ort ist dies jedoch wichtig. Es geht auch um Symbole. Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) beklagte, dass der Vorstoss nicht ernst genommen wurde. Manchmal handelt es sich um einen kleinen Schritt für die Menschheit, aber um einen grossen Schritt für den einzelnen Menschen. Für die Menschen in Diyarbakir ist es wichtig, Austausch und Unterstützung zu haben.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob mit der Stadt Diyarbakir in der Südosttürkei eine Städtepartnerschaft aufgebaut ein «Brückenschlag» unterstützt werden kann. Der Schwerpunkt dieser Städtepartnerschaft dieses «Brückenschlags» soll auf zivilgesellschaftlichem Austausch und Stärkung der demokratischen Strukturen liegen.



5 / 5

Das geänderte Postulat wird mit 62 gegen 49 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat